

Ein weiterer Schritt, um den Krieg gegen die Kohle zu beenden

geschrieben von Andreas Demmig | 19. Juni 2025

Bildquelle US Gov EPA



Steve Milloy, Mitwirkender, 15. Juni 2025, Meinungskommentar

Präsident Trump hat diese Woche zwei wichtige Schritte unternommen, um den 14-jährigen Kampf der Demokraten gegen die Kohleindustrie und billigen Strom zu beenden. Obwohl die Grünen eine Klage angekündigt haben, ist ihr Erfolg unwahrscheinlich, da die Maßnahmen vom Obersten Gerichtshof bereits weitgehend genehmigt wurden.

Zunächst schlug die EPA vor, alle Treibhausgasemissionsstandards für Kohlekraftwerke zurückzuschrauben. Die EPA unter Obama erließ im August 2015 erstmals Klimaemissionsstandards für Kohlekraftwerke. Diese Regeln hatten jedoch nicht lange Bestand, da sie im Februar 2016 vom Obersten Gerichtshof ausgesetzt wurden.

Obwohl Präsident Trump im Juni 2019 den Clean Power Plan durch die deutlich günstigere und praktischere Regelung für bezahlbare saubere Energie ersetzen wollte, lehnte das Berufungsgericht für den DC Circuit diesen Vorschlag im Januar 2021 ab. Dies erwies sich jedoch als Pyrrhussieg für Klimaaktivisten.

Im Juni 2022 erklärte der Oberste Gerichtshof im Verfahren *West Virginia gegen die EPA* den Clean Power Plan auf Grundlage einer erstmals angewandten Verfassungstheorie, der sogenannten „Major Questions Doctrine“, für ungültig. Nach dieser Doktrin ist ein umfassendes Regulierungsprogramm verfassungswidrig und darf nicht umgesetzt werden, es sei denn, eine Regulierungsbehörde kann auf eine ausdrückliche Ermächtigung des Kongresses verweisen. Der Clean Power Plan verfügte über keine solche Ermächtigung.

Doch die Biden-EPA, die ihre Niederlage nie eingestand, ging noch einmal ins Denkerstübchen und erließ eine neue Regelung, die im Wesentlichen als Clean Power Plan 2.0 betrachtet werden kann. Genau diese Regelung nimmt die Trump-EPA nun zurück.

Wenn die Grünen die Trump-EPA verklagen, kann die Behörde auf den Fall *West Virginia gegen die EPA* verweisen und argumentieren, dass weder die Biden-EPA noch die Trump-EPA vom Kongress ausdrücklich ermächtigt wurden, die Emissionen von Kohlekraftwerken zu regulieren. Dies dürfte als Argument ausreichend sein.

Die zweite Regel, die zurückgenommen wird, ist der sogenannte Mercury Air Toxics Standard (MATS). Im Kampf gegen die Kohle ist diese Regel sogar noch wichtiger, da die EPA unter Obama mit ihr 50 Prozent der US-Kohleindustrie ruinierte. Die 2012 erlassene MATS-Regel zielte auf die Reduzierung der Quecksilberemissionen von Kohlekraftwerken ab – ein Schritt, der beängstigender klang, als er tatsächlich war.

Als die EPA die Kosten-Nutzen-Analyse für die MATS-Regel durchführte, konnte sie lediglich einen hypothetischen Nutzen von 6 Millionen Dollar ermitteln, während die tatsächlichen Kosten der Umsetzung auf etwa 10 Milliarden Dollar geschätzt wurden. In seinem Urteil aus dem Jahr 2015, in dem der Oberste Gerichtshof die Kosten-Nutzen-Analyse der EPA als unangemessen zurückwies, schrieb Richter Antonin Scalia: „*Man kann nicht einmal sagen, dass es rational, geschweige denn ‚angemessen‘ ist, Milliarden von Dollar an wirtschaftlichen Kosten aufzuerlegen, um im Gegenzug ein paar Dollar an gesundheitlichen oder ökologischen Vorteilen zu erhalten.*“

Ähnlich dem regulatorischen Pingpong des Clean Power Plans ergriff die erste EPA unter Trump Maßnahmen, um MATS zu entschärfen. Die EPA unter Biden griff den Fall neu auf und widersetzte sich dem Obersten Gerichtshof und verschärfte die Regelung. Nun liegt der Ball wieder bei der EPA unter Trump, und MATS landet erneut auf dem Müllhaufen der Regulierungsgeschichte – hoffentlich endgültig. Die wirtschaftlichen Folgen der Regelung haben sich für ihre Befürworter nur verschlechtert, und eine Anfechtung der neuen Maßnahmen der EPA unter Trump dürfte kaum Erfolg haben.

Die gute Nachricht ist, dass diese Maßnahmen der EPA unter Trump dem Krieg gegen die Kohle endlich ein Ende setzen sollten. Die schlechte Nachricht ist jedoch, dass der Industrie und dem billigen Strom, den sie liefert, schon vor langer Zeit schwerer Schaden zugefügt wurde.

Die MATS-Regelung von 2012 war so drakonisch, dass die Energieversorger sogar eilig Kohlekraftwerke schlossen und auf Gaskraftwerke umstiegen. Als der Oberste Gerichtshof 2015 endlich gegen MATS entschied, war es für die Hälfte der zerstörten Kohleindustrie bereits zu spät. Obamas EPA-Chefin Gina McCarthy spottete über die Verzögerung des Obersten Gerichtshofs und reagierte auf die Entscheidung des Gerichts wie folgt: „*Die Mehrheit der Kraftwerke hat sich bereits für einen Weg entschieden und in die Einhaltung der Grenzwerte für Quecksilber und Luftschadstoffe investiert.*“ Selbst die Entscheidung im Fall *West Virginia gegen die EPA* fiel sieben Jahre nach der ersten Veröffentlichung des Clean Power Plan.

Die Demokraten nutzten die Biden Regierung, um die Kohleindustrie weitgehend zu ruinieren und die Strompreise sinnlos zu erhöhen. Der entstandene Schaden ist immens und wird nur durch staatliche Hilfe behoben werden können. Präsident Trump ergreift die notwendigen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Kohleindustrie, doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Steve Milloy ist Biostatistiker und Anwalt, veröffentlicht JunkScience.com und ist auf X @JunkScience. Die in diesem Kommentar geäußerten Ansichten und Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht die offizielle Position der Daily Caller News Foundation wider.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen jedem seriösen Nachrichtenverlag mit großem Publikum kostenlos zur Verfügung. Alle veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des Reporters und seine DCNF-Zugehörigkeit enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer Partnerschaft mit uns wenden Sie sich bitte an licensing@dailycallernewsfoundation.org .

<https://dailycaller.com/2025/06/15/opinion-president-trump-moves-to-end-the-war-on-coal-steve-milloy/>